

Niederschrift Nr. 32
über die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses
der Stadt Schwentinental am Montag, den 22. Oktober 2012,
im Rathaus, Großer Bürgersaal

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 19.50 Uhr

Anwesend sind:

1. Herr Volker Sindt (Vorsitzender)
2. Herr Uwe Janz
3. Herr Gerd Dieckmann
4. Frau Kirsten Wohler-Schmidt
5. Frau Angelika Lange-Hitzbleck
6. Herr Bernd Petersen
7. Herr Dr. Norbert Scholtis
8. Herr Uwe Bartscher
9. Frau Monika Vogt

Dem Ausschuss angehörend ohne Stimmrecht:

Frau Bürgermeisterin Susanne Leyk

Nicht dem Ausschuss angehörende Anwesende:

1. Frau Regina Blöcker (Protokollführerin)
2. Herr Michael Stubbmann (Amtsleiter – Bürgeramt)
3. Herr SV Dr. Gerhard Kockläuner
4. Herr SV Wilhelm Kirschstein
5. Herr SV Peter Köhler
6. Herr SV Herbert Steenbock
7. Herr SV Herbert Pöpelt
8. Herr Horst Sell (Seniorenbeirat)
9. Herr Jürgen Horn (Seniorenbeirat)
10. Herr Gerd Karez (Seniorenbeirat)
11. Frau Antje Suchomski (stellv. Behindertenbeauftragte)
12. Frau Seliger (Kieler Nachrichten)

Öffentlichkeit: ca. 20 Personen

Der Vorsitzende, Herr Sindt, eröffnet um 19.00 Uhr die Sitzung des Hauptausschusses mit der Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit.

Frau Leyk übergibt vor Sitzungseintritt an Frau Vogt, als Vereinsvorsitzende 50,00€, die die Radsportfreunde im Rahmen des veranstalteten Almagabtriebs an den Verein „Kleiner Lichtblick e.V.“ gespendet haben.

Zur Tagesordnung werden keine Änderungsanträge gestellt.

Die Tagesordnung stellt sich wie folgt dar:

Öffentlicher Teil:

1. Einwohnerfragestunde
2. Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 20.08.2012
3. Hochspannungsnetzausbau im Kreis Plön;
hier: Stellungnahme zum 2. Entwurf des Netzentwicklungsplanes
(187/2012, 199/2012)
4. Mitteilungen und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

5. Mitteilungen und Anfragen

TOP 1: Einwohnerfragestunde

Ein Bürger erkundigt sich, ob hinsichtlich der amtlichen Rattenbekämpfung bereits eine Entscheidung zur punktuellen oder flächendeckenden Bekämpfung gefallen sei. Herr Stubbmann erklärt, dass eine flächendeckende Bekämpfung in Aussicht steht. Herr Sindt verweist darauf, eine rechtzeitige Ankündigung einzuplanen.

In Bezug auf den zu beratenden Tagesordnungspunkt zum Hochspannungsnetzausbau im Kreis Plön fragt ein Bürger nach, ob sich auch die Stadt Schwentinental mit der Zukunft erneuerbarer Energien beschäftigt. Herr Sindt verweist diese Anfrage in den Ausschuss für Umwelt, Verkehr und öffentliche Sicherheit. Der Ausschussvorsitzende Herr Janz erklärt sich bereit, dieses Thema bei Bedarf aufzunehmen. Frau Leyk erklärt, dass sie zu dieser Thematik in Hinblick auf Bauleitplanungen ein sehr interessantes Seminar besucht hat. Wenn die Seminarunterlagen eingegangen sind, wird sie diese über das Portal der Stadt zur Verfügung stellen.

Ein Bürger möchte wissen, ob dass, in der Presse angekündigte Gespräch zwischen den Fraktionsvorsitzenden, den Einzelvertretern und der Bürgermeisterin zur zukünftigen Zusammenarbeit stattgefunden hat und ob die Bürger dazu unterrichtet werden. Herr Sindt erklärt, dass dieses Gespräch gerade im Vorfeld der Sitzung stattgefunden hat und im Moment noch gegenseitiges Stillschweigen vereinbart wurde. Nach nochmaliger Rückfrage des Bürgers sichert Herr Sindt eine Information über den Fortgang der Gespräche zu.

Des Weiteren bemerkt der Bürger, dass in dem Protokoll zu TOP 2 – entgegen den Grundsätzen der Gemeindeordnung - Frau Leyk unter den nicht dem Ausschuss angehörenden Anwesenden aufgeführt ist.

TOP 2: Niederschrift über die Sitzung vom 20.08.2012

Die Ausschussmitglieder nehmen unter Hinweis auf die Korrektur der Anwesenheitsliste von der Niederschrift ohne Aussprache Kenntnis.

**TOP 3: Hochspannungsnetzausbau im Kreis Plön;
hier: Stellungnahme zum 2. Entwurf des Netzentwicklungsplans
(187/2012;199/2012)**

Herr Stubbmann erläutert, dass es sich seinerzeit bei der Beschlussvorlage Nr. 187/2012 um allgemeine Hinweise in Bezug auf den Sachverhalt gehandelt hat und es sich bei der nun vorliegenden Beschlussvorlage Nr. 199/2012 um die Stellungnahme zum Netzausbau handelt.

Herr Sindt fragt, ob der Kreis Plön oder das Land S-H bei der Stellungnahme unterstützend mitgewirkt haben. Herr Stubbmann erläutert, dass der Kreis Plön eine Stellungnahme bezogen auf das gesamte Kreisgebiet abgegeben hat. Ob das Land S-H Stellung bezogen habe sei nicht bekannt.

Herr Bartscher empfiehlt, in dem 1. Satz der Stellungnahme das Wort „erwartet“ durch das Wort „fordert“ zu ersetzen, um mit Nachdruck auf die dann folgenden Aussagen zu verweisen.

Herr Janz schlägt vor, auf Grund der Brisanz des Themas diese Stellungnahme auch durch die Stadtvertretung beschließen zu lassen.

Herr Sindt stellt unter den Mitgliedern des Ausschusses ein einstimmiges Votum für die Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes als Dringlichkeitsbeschluss für die Sitzung der Stadtvertretung am 25.10.2012 mit der eingebrachten Änderung fest und lässt sodann auf Grund der folgenden Stellungnahme den Beschluss fassen.

Die Stadt Schwentinental fordert, dass der Höchstspannungsnetzausbau im Bereich Audorf - Landeshauptstadt Kiel – Schwentinental – Umspannwerk Göhl / Ostholstein entsprechend den Anforderungen des Energiewirtschaftsgesetzes nicht als Maßnahme Göhl - Landeshauptstadt Kiel (Maßnahme Nr. 47) erfolgt, sondern der Stromtransport in Nord – Süd – Richtung vom Umspannwerk Göhl Richtung Kaltenkirchen (Maßnahme 50) und Hamburg erfolgt.

Die Umsetzung der Energiewende in Deutschland ist von mehreren Faktoren abhängig, u.a. auch von einer zügigen Planung und Ausbau des Stromnetzes, insbesondere des Höchstspannungsnetzes. Dabei geht es in der Hauptsache darum, die im Norden gewonnene Energie in die zentralen Verbrauchsschwerpunkte, vornehmlich in den Süden der Republik, zu transportieren.

Der Netzausbau wird vor dem Hintergrund der Energiewende nicht in Frage gestellt. Einzelne Leitungstrassen sind allerdings in Frage zu stellen, da die Erforderlichkeit bislang nicht nachgewiesen ist.

Zwischen Audorf, der Landeshauptstadt Kiel und dem Umspannwerk Göhl, im Kreis Ostholstein gelegen, ist eine 380 KV Leitung als Querverbindung geplant. Der Trassenverlauf zwischen Kiel und Göhl steht noch nicht fest, im Rahmen einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung durch das Land Schleswig-Holstein und den Betreiber, die Fa. Tennet, wurden jedoch 2 Trassenvarianten vorgestellt. Beide kreuzen das Stadtgebiet Schwentinental und lösen Betroffenheiten aus.

Beide bekannten Planungen, sowohl der Netzentwicklungsplan als auch die bisher im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung vorgestellten Pläne, enthalten keine

konkrete Aussagen über die Erforderlichkeit. Grundsätzlich werden die 380 KV Leitungen lediglich für den Transport über größere Strecken insbesondere in den Süden genutzt. Diese Leitung allerdings ist als Querverbindung geplant und soll zusätzlich die Versorgung der Region, insbesondere der Landeshauptstadt Kiel sicherstellen. Hier weicht der Betreiber von dem Grundsatz der Transportleitung ab, obwohl die Notwendigkeit der Versorgung der Region rund um Kiel von Fachleuten, u.a. auch von einem Versorger in der Region, in Frage gestellt wird. Bestehende Leitungen, wie mehrere 110 KV Leitungen und eine 220 KV Leitung aus Richtung Audorf sind in das Stromnetz eingebunden und können diese Aufgabe weiterhin übernehmen, so dass auf den Neubau einer Trasse zwischen Kiel und Göhl und ggf. auch auf den Netzausbau zwischen Audorf und Kiel verzichtet werden kann. Hier stehen wirtschaftliche Erwägungen im Vordergrund und nicht der eigentliche Auftrag des Transportes Richtung Süden, so dass diese Trasse nicht den Anforderungen der gesetzlichen Vorgaben entspricht.

Zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrages der Netzbetreiber ist der Bau einer reinen Transportleitung vom Umspannwerk Göhl über Kaltenkirchen (Maßnahme 50) in Richtung Hamburg wesentlich sinnvoller. Die Maßnahmen 46 und 47 sind zu streichen und zu ersetzen durch die beschriebene Maßnahme, da die Region Kiel mehr als ausreichend über das eigene Kraftwerk und die bestehende 220 KV-Trasse Audorf – Kiel versorgt werden kann.

Es verbleibt die Feststellung, dass ein Trassenkorridor zwischen der Landeshauptstadt Kiel und dem Umspannwerk Göhl (Maßnahme Nr. 47) sowohl technisch als auch rechtlich nicht erforderlich ist.

Sollte wider Erwarten und damit aus hiesiger Sicht wider den Vorgaben des EnWG an der Stromleitung zwischen Kiel und Göhl festgehalten werden, sind die Alternativen zu Hochspannungsleitungen, die geringere Auswirkungen auf Mensch und Natur haben, vorzuziehen. Zu nennen sind hier HGÜ-Kabel (Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung) mit einer Verlegung auf dem Seewege oder als Erdkabelverbindung. Das Thema Erdkabel wird bislang nur am Rande diskutiert mit dem Hinweis darauf, dass es dabei lediglich um Versuchsstrecken handelt.

Unsere skandinavischen Nachbarn verlegen seit längerem alternativ Erdkabel, d.h., die Technik erscheint ausgereift. Hier ist zu wünschen, dass die Betreiber eingehender prüfen, welche Alternativen mit welchen Kosten in Frage kommen und wie sich die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt darstellen.

Bereits bevor Leitungstrassen festgelegt werden, sind die Begleitumstände zu beschreiben. Dies fehlt bislang. Seitens der Bevölkerung werden nachteilige gesundheitliche Auswirkungen erwartet, wie z.B. Leukämie oder Demenz. Hier bedarf es einer Aufklärung ebenso wie bei alternativen Übertragungstechniken. Aber auch die Höhe der geplanten Masten, Abstandsflächen zu Wohnhäusern, mögliche magnetische Felder und Lärmbelastung, um nur einige Dinge zu nennen, sind kaum oder gar nicht beschrieben, so dass die mit dem Leitungsbau verbundenen Auswirkungen noch im Unklaren liegen, demzufolge zu diesem frühen Zeitpunkt der Planung auch nicht abschätzbar sind.

Die Klärung der für die Bürger und Kommunen wichtigen Punkte, wie dem exakten Trassenverlauf oder den Abstandstiefen zur jeweiligen Wohnnutzung, wird ausdrücklich auf die späteren Genehmigungsverfahren verlagert (Planfeststellung). Dies ist insoweit misslich und unbefriedigend, weil mit Abschluss des Beteiligungsverfahrens die Inhalte des NEP in den Bundesbedarfsplan Eingang finden, der als Gesetz verabschiedet wird. Das bedeutet, dass aufgrund sehr

allgemein gehaltener Aussagen Fakten geschaffen werden, die kaum bis gar nicht veränderbar sind.

Nach den jetzigen Planungen wird Lebensqualität beeinträchtigt, Umwelt zerstört und das Landschaftsbild erheblich verändert, obwohl bislang der Nachweis über die Notwendigkeit der Trassen nicht geführt wurde. Der in der Region geplante Netzausbau erscheint überdimensioniert.

Beschluss:

Die Stellungnahme zu dem im Verfahren befindlichen Netzentwicklungsplan Strom wird beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Stellungnahme zum Netzentwicklungsplan neben der Bundesagentur auch dem Land Schleswig-Holstein –Wirtschaftsministerium- sowie dem Kreis Plön zur Kenntnis zu geben.

Abstimmung: einstimmig (9xja)

TOP 4: Mitteilungen und Anfragen

Frau Bürgermeisterin Leyk teilt mit, dass die Initiative S-H in Sachen „Aufgabenwahrnehmung nach dem Geldwäschegesetz“ im Bundesrat Erfolg gehabt hat. Der Antrag auf Entlassung der Kommunen in Bezug auf die Umsetzung wurde auf der Sitzung der Ländervertretung am 21.09.2012 mehrheitlich angenommen. Der Antrag zielt darauf ab, die Aufsicht über die Einhaltung des Geldwäschegesetzes wieder zentral durch den Bund wahrnehmen zu lassen. Dieses ist ein erster Schritt, gefordert ist jetzt die Bundesregierung.

Weiterhin teilt Frau Bürgermeisterin mit, dass im Zusammenhang mit dem Abwahlverfahren Ende August 2012 eine umfangreiche Mail an einen sehr großen Empfängerkreis versandt wurde.

Die Absendeanschrift lautete Stadtvertreter@schwentinental.de. Diese Mail hat zu sehr vielen Beschwerden sowohl in der Verwaltung als auch beim unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz geführt. Es ist bekannt, auf wessen Namen die Adresse zugelassen wurde, so dass auch die Verantwortlichkeit zugeordnet werden kann. Das ULD prüft derzeit den Vorgang im Rahmen des dortigen Zuständigkeitsbereiches und wird uns über das Ergebnis der dortigen Prüfung berichten. Abhängig davon ist zu prüfen, inwieweit hier auch noch Handlungsbedarf besteht.

Die Adresse selbst existiert nicht mehr, sie ist vom Inhaber wenige Tage nach der Mail „gelöscht“ worden.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt.

Herr Sindt schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:30 Uhr.

gez. Volker Sindt

Vorsitzender
Volker Sindt

gez. Blöcker, R.

Protokollführerin
Regina Blöcker